



Hauptausschuss

72. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|-----------|
| 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) | 7 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700 | |
| Einzelplan 01 - Landtag | 7 |
| Einzelplan 02- Ministerpräsident (Anlagen 1 und 2) | 9 |
| Vorlagen 14/2800, 14/2824 und 2862 | |
| Personalhaushalt der Staatskanzlei | 10 |
| Kapitel 02 010 - Ministerpräsident | 10 |
| Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union | 11 |
| Kapitel 02 010, Titel 541 60 - Ministerpräsident | 12 |
| Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union | 12 |

	Kapitel 02 010 - Ministerpräsident	14
	Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen	16
	Kapitel 02 100 - Vertretung des Landes beim Bund	20
	Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union	21
	Einzelplan 15 - (nur) Landeszentrale für politische Bildung	21
	Vorlage 14/2853	
	Weiteres Verfahren	23
2	Aktuelle Viertelstunde (Anlage)	24
	hier: „Staatskanzlei will Spitzenpositionen aller Ressorts besetzen“	
3	Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	28
	Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung Drucksache 14/9544	
	- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung an das Plenum) -	
	Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag der Landesregierung zu entsprechen und dem Inhalt des Staatsvertrages zuzustimmen.	
4	Gemeinsame Vereinbarung über die Koordinierungsstelle Magdeburg von 2010 bis 2016	29
	Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung Drucksache 14/9900	

- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung an das Plenum) -

Der Ausschuss empfiehlt, dem Antrag der Landesregierung zu entsprechen und dem Staatsvertrag zuzustimmen.

5 Beitrag des Landes NRW zur Umsetzung der Lissabon-Strategie im Programmzyklus 2008 bis 2010 (s. Anlage) 30

(vgl.) Vorlage 14/2758

6 Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ und des Landesmediengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LMG NRW) - 13. Rundfunkänderungsgesetz 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9393

- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung an das Plenum)

7 Schuldenbremse für eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte umsetzen 40

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9259

APr 14/947 (Protokoll der öffentlichen Anhörung vom 17. September 2009)

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an den federführenden HFA)

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, auf ein Votum zu verzichten.

8 Einwanderungs- und Asylpolitik besser koordinieren - Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften berücksichtigen 41

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/9415

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss billigt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD.

9 Landesstelle Unna Massen - Dokumentieren und in Erinnerung behalten 42

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/9770

- Verfahrensabsprache

Der Ausschuss verständigt sich einstimmig darauf, den Tagesordnungspunkt nach der vom federführenden Ausschuss für den 25. November geplanten öffentlichen Anhörung wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

10 Erweiterung des Internetadressenraums um regionale Top-Level-Domains 43

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/9414

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen an.

11 Beschlüsse des zweiten Jugendlandtags 2009 44

(vgl. Information 14/1017)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, sich mit diesem Thema in der Januar-Sitzung zu beschäftigen.

12 Verschiedenes 45

a) Einladung zu einem Besuch im Benelux-Parlament in Brüssel am 11. und 12. Dezember (Anlage) 45

b) Gesprächswunsch des neuen Leiters der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, Stephan Koppelberg, und des Leiters der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin, Matthias Petschke 45

c) „Daseinsvorsorge/Europa“ 45

* * *

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Einzelplan 01 - Landtag

Carina Gödecke (SPD) bittet um Erläuterungen zu den Veränderungen im Personalhaushalt seit Beginn dieser Legislaturperiode. Die SPD-Fraktion habe dem Einzelplan 01 zwar im Ältestenrat und im Aufstellungsverfahren zugestimmt, allerdings versehen mit kritischen Anmerkungen zu einigen Positionen.

Als zustimmungsfähig betrachte ihre Fraktion den Entwurf unter anderem, weil in der Vergangenheit zwischen Finanzminister und - stellvertretend für den gesamten Landtag - Landtagspräsidentin bestehende, mit Verärgerung und längeren Diskussionen behaftet gewesene Streitpunkte - Einsparungs- und Streichungswünsche des Finanzministers im Hinblick auf die Abgeordneten, die Fraktionen und die Parlamentsarbeit - für den Entwurf 2010 keine Rolle mehr gespielt hätten. Dafür bedanke sich ihre Fraktion ganz ausdrücklich.

Jedoch gebe es immer noch und erneut das Begehren des Finanzministers nach weiterer Personalreduzierung in der Landtagsverwaltung. Sie anerkenne das Verhandlungsergebnis, dass sich nicht die ursprünglich vom Finanzminister geforderten 24 Stellenstreichungen, sondern nur 12 im Entwurf wiederfänden, füge aber sehr deutlich hinzu, dass sie auch diese 12 nicht gerne sehe und von daher nur mit der geballten Faust in der Tasche zustimme.

Ihres Erachtens sei mit den schon vollzogenen Einsparungen das Ende der Fahnenstange erreicht. Die Verringerung des Bestandes um weitere 12 Stellen werde sich nicht ohne Einschränkung des Leistungsangebotes für Abgeordnete und Parlament realisieren lassen und sich zuungunsten des Funktionieren des Hauses auswirken.

Aus diesem Grunde interessiere sie, wie sich der bisherige Abbau gestaltet habe und welche Bereiche für einen weiteren Stellenabbau infrage kämen. Denn ohne Plan werde die Landtagspräsidentin das Ganze nicht umsetzen können.

Ganz klar betone sie auch, dass sich der Landtag und damit der Einzelplan 01 beileibe nicht 1:1 mit den Ministerien und deren Einzelplänen vergleichen lasse. Im Landtag nämlich gebe es relativ wenige oder gar keine Bereiche, die ausschließlich nach innen wirkten und nur dem Funktionieren des Hauses dienten, sondern alles, was sich im Einzelplan 01 finde, komme den Bürgerinnen und Bürgern im Sinne von gut gestalteter Politik zugute, zeige Außenwirkung, gewährleiste die Aufrechterhal-

tung des Parlamentes und erweise sich gerade für die Landtagsabgeordneten als zwingend notwendig.

Das Einsparen weiterer Stellen gleiche dem Absägen des Astes, auf dem die Abgeordneten säßen. Dass die SPD-Fraktion dem nicht freudig-erregt zustimme, scheine von daher wohl schlüssig. Dies in der Einzelplan-01-Beratung im Fachausschuss noch einmal zu dokumentieren, sei man nicht nur sich selbst und dem eigenen Selbstverständnis, sondern auch den davon in Zukunft Betroffenen schlicht und einfach schuldig.

MR Hans-Joachim Donath (Landtagsverwaltung) teilt mit, in dieser Legislaturperiode habe die Landtagsverwaltung aus der 1,5%igen Stelleneinsparungsvorgabe 25 kw-Vermerke - in jedem Jahr fünf - und resultierend aus den Arbeitszeitverlängerungen bei Beamten und Tarifbeschäftigten noch einmal fünf bzw. sechs zu realisieren, habe sie bisher alle zeitnah erbracht und darüber hinaus noch einen sonstigen, der aber weitestgehend außen vor stehe.

Betreffend die ab 2010 zu erbringenden 12 kw-Vermerke - jeweils zwei für jedes Jahr bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode - erlaube die sehr lange Zeitspanne noch keine Spezifizierung.

Carina Gödecke (SPD) bittet, bei der Landtagspräsidentin anzufragen, ob sie sich selbst in der nächsten Sitzung oder schriftlich zu diesem Thema äußern wolle.

Vorsitzender Werner Jostmeier stellt in Aussicht, diesen Punkt in der nächsten Sitzung noch einmal aufzurufen.

Lothar Hegemann (CDU) ist der Ansicht, das Parlament könne nicht der ganzen Republik Sparmaßnahmen zumuten, aber eine Ausnahme dann gewähren, wenn es um die Abgeordneten und das Parlament gehe. Dies wolle und werde er nicht mitmachen. Eine solche Politik lehne er aus tiefster Überzeugung ab.

Ohne Zweifel aber benötigten die Abgeordneten einen funktionsfähigen Landtag und gute Arbeitsbedingungen; dennoch dürfe sich das Parlament nicht mit dem Verweis auf seine Güte und Wichtigkeit grundsätzlich von allen Sparmaßnahmen ausnehmen.

Zudem werde es keine betriebsbedingten Kündigungen geben; und an der einen oder anderen Stelle scheine der Personalhaushalt 01 auch noch Spielräume zu bieten. Ließen sich diese nicht mehr aufspüren, müsse geprüft werden, ob das eine oder andere an Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit noch geleistet werden könne.

In Zeiten der allgemeinen Krise liefen Haushaltsberatungen nicht unter dem Siegel „Wünsch Dir was“, meint **Ralf Witzel (FDP)**. Vielmehr gelte es, sehr verantwortungsbewusst Entscheidungen zu treffen. Sicherlich wäre vieles auch in den anderen Einzelplänen sinnvoll, aber im Zentrum stehe die Gesamtverantwortung. Und nicht zu-

letzt treffe den Landtag eine Vorbildfunktion, zumal bei Weitem nicht mehr das ursprünglich angedachte Einsparvolumen in Rede stehe.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) betont die vom Landtag in den letzten Jahren geleisteten Einsparungen, angefangen bei der Verkleinerung des Parlamentes über die Umstellung der Diäten und der Versorgung bis hin eben zum Personalabbau bei gleichzeitig wachsendem Aufgabenvolumen. Vor diesem Hintergrund unterstütze sie den Ansatz von Carina Gödecke, über den Aspekt „Ende der Fahnenstange“ und darüber nachzudenken, wann - sprich: nach Vollzug welcher weiterer Maßnahmen - „Waffengleichheit“ in der Auseinandersetzung Parlament - Regierung nicht mehr existiere.

Vergleiche man die Stellenentwicklung in der Staatskanzlei - plus 25 Stellen im höheren Dienst - mit der im Landtag, sprächen die Zahlen in der Diskussion über Stellenabbau im Landtag für sich.

Wolfram Kuschke (SPD) hebt hervor, Carina Gödecke habe nicht etwa verlangt, den Landtag überhaupt von Einsparungen zu verschonen. - Hier jedoch setze den Maßstab die erforderliche Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Parlamentes und das, was in diesem Zusammenhang neue Aufgaben, die sich das Parlament nicht selbst gebe - er denke an die Subsidiaritätskontrolle -, bedeuteten. Die Koalitionsfraktionen ständen als Mehrheit in einer besonderen Verantwortung, sich diese Sorgen der Fraktionen und damit des Parlamentes zu eigen zu machen.

Vorsitzender Werner Jostmeier erinnert als einen Beitrag zur Sparsamkeit an die Reduzierung der Zahl der Fachausschüsse zu Beginn dieser Legislaturperiode von 24 auf 16.

Deshalb sei die Arbeit nicht unqualifizierter geworden, ergänzt **Ilka von Boeselager (CDU)**. Es lohne sich also, diverse Einsparungsmöglichkeiten zu erwägen. Einem Gespräch stehe natürlich nichts entgegen, aber es bleibe dabei: Das Parlament müsse mit gutem Beispiel vorangehen.

Vorsitzender Werner Jostmeier bittet, dem Hauptausschuss die Stellungnahme schon vor der nächsten Sitzung zuzuleiten.

Einzelplan 02- Ministerpräsident (Anlagen 1 und 2)

Vorlagen 14/2800, 14/2824 und 2862

MDgt Annette Storsberg (StK) beantwortet zunächst die in der letzten Sitzung unbeantwortet gebliebenen Fragen:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Hauptausschusses am 1. Oktober haben Frau Abgeordnete Löhrmann und die Herren Abgeordneten Kuschke und Töns Fragen zum Entwurf des Einzelplans 02 für das Haushalts-

jahr 2010 an Herrn Staatssekretär Beneke gerichtet. Deren Beantwortung hat er Ihnen zur heutigen Sitzung des Ausschusses zugesichert.

Leider kann Herr Staatssekretär heute wegen der parallel stattfindenden MPK und CdS-Sitzung nicht hier sein. Er hat mich gebeten, für ihn die Fragen zu beantworten und – zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Staatskanzlei - für weitere Informationen zur Verfügung zu stehen.

Um mit der Antwort auf Ihre erste Frage, Frau Abgeordnete Löhrmann, nach den Berechnungsgrundlagen und Gründen für die Personalkostenzuwächse zu beginnen:

Personalhaushalt der Staatskanzlei

Der Personalhaushaltsentwurf 2010 der Staatskanzlei wurde nach den üblichen Vorgaben aus dem sogenannten Aufstellungserlass des Finanzministers berechnet. Wenn Sie wollen, stelle ich Ihnen diesen Berechnungsweg gerne kurz vor.

Er baut im Wesentlichen auf folgenden Bausteinen auf:

Ausgangsgröße ist der Soll-Ansatz 2009.

Dann werden berücksichtigt:

- Die Stellenab- und -zugänge der Haushaltsjahre 2008 und 2009,
- ein im Sollansatz 2009 noch nicht enthaltener Anteil der Tarif-/Besoldungserhöhung 2009 - das waren 0,98 % der Tarifierhöhungen - einschließlich der hochgerechneten Sockelbeträge und die 1%ige Tarifierhöhung 2010 sowie schließlich
- die für 2010 erwarteten Stellenveränderungen, nämlich der Abbau von 6 Stellen, der sich aus dem bekannten Stellenabbauprogramm ergibt.

Dieser Berechnungsweg führt vor dem Hintergrund, dass im gesamten Einzelplan keine Stellenmehrungen, sondern im Saldo gegenüber 2009 vielmehr ein Stellenabbau von 6 Stellen stattfindet, lediglich in zwei Bereichen zu nennenswerten Erhöhungen bei Personalausgabenansätzen, nämlich

- im Kapitel 02 010, also der Staatskanzlei, und dort bei den Bezügen der Beamten und den Vergütungen der Tarifbeschäftigten von rd. 18,9 Millionen auf rund 20,3 Millionen € sowie
- im Kapitel 02 110, der Landesvertretung bei der EU, von rund 2,41 Millionen auf 2,57 Millionen €.

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident

Hier ergab sich auf der Basis der Zahlen des Haushalts 2009 eine Ausgangszahl von rund 18,9 Millionen €.

Bei den weiteren Berechnungen mussten wir allerdings berücksichtigen, dass zum Stand 1.1.2009 eine unterdurchschnittliche Besetzung der Planstellen und Stellen

zu beobachten war, die sich aus verschiedensten Faktoren ergab. Da wir davon ausgehen, dass diese unterdurchschnittliche Besetzung so auf Dauer natürlich nicht erhalten bleibt, mussten wir das hochrechnen und kamen auf einen Bedarf von 20,4 Millionen €. Davon hat das Finanzministerium 20,3 Millionen € veranschlagt, weil die Ausgaben für Aushilfen generell nicht erhöht werden.

Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Ursache für den Anstieg des Personalausgabenbudgets der Landesvertretung Brüssel sind die erhöhten Aufwendungen für die Ortskräfte der Landesvertretung.

Diese Ortskräfte werden nach der Lohn- und Vergütungstabelle „Belgien“ der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union entlohnt.

Diese Tabelle ist im Jahr 2008 vom Auswärtigen Amt - wie ich hinzufügen muss; wir haben darauf sehr lange gedrungen - endlich neu strukturiert worden, was teilweise zu deutlichen Erhöhungen der Vergütungen der Ortskräfte führte.

Zum 1.2.2008 und zum 1.10.2008 erfolgten unabhängig davon weitere fixe Erhöhungen der Vergütungen wegen der gesetzlichen Koppelung an den belgischen Index der Lebenshaltungskosten. Das waren jeweils 2%. Im laufenden Jahr rechnen wir nochmals mit einer fixen Erhöhung um 2%.

Die beiden Lohnerhöhungen und die Erhöhung des Tabellenlohnes führten dazu, dass die vorgesehenen Mittel für die Bezahlung der Ortskräfte nicht mehr ausreichten.

Im laufenden Haushaltsjahr wächst das Minus bei den Mitteln für die Ortskräfte so an, dass der Ansatz entsprechend angepasst werden musste.

Aber: Die Anpassung der Vergütungstabelle führt auch für uns hoffentlich dazu, dass die große Fluktuation der Vorjahre bei den Ortskräften in Brüssel zurückgeht, weil diese häufig wegen der für Brüsseler Verhältnisse relativ niedrigen Vergütung ihren Arbeitsplatz nach einiger Zeit wieder wechselten, wir somit laufend neue Kräfte einstellen mussten, was im laufenden Betrieb für die Landesvertretung wirklich zu ganz großen Problemen geführt hat.

Darüber hinaus hatten Sie, sehr geehrte Frau Löhrmann, eine Übersicht über die Stellenplanentwicklung der Staatskanzlei erbeten.

Hierzu haben wir Ihnen im Anschluss an das, was Sie aus den letzten Jahren kennen, eine Tischvorlage ausgehändigt. Wir haben den Fragenkatalog aus dem letzten Jahr um die Angaben in den Spalten „Haushalt 2009“ und „Haushaltsementwurf 2010“ angepasst bzw. ergänzt.

Aus der Tabelle lässt sich ablesen, dass sich die Struktur im Vergleich der Jahre 2009 und 2010 nur marginal verändert hat.

Kapitel 02 010, Titel 541 60 - Ministerpräsident

Sie, Herr Abgeordneter Töns, hatten um nähere Informationen zur Veranschlagung und Höhe der Aufwendungen für die „Petersberger Convention“ gebeten:

Die Ausgaben für die "Petersberger Convention" sind im Kapitel 02 010, Titel 541 60, veranschlagt. Insgesamt stehen hier als Haushaltsansatz für "Fachkongresse und Symposien" 800.000 € zur Verfügung.

Die Kosten für die „Petersberger Convention“ am 5./6.März 2009 und der sich anschließenden und parallel stattfindenden "Campus-Veranstaltung" betrugen insgesamt 536.234 €; davon fielen im Haushaltsjahr 2008 126.312 € und im Haushaltsjahr 2009 409.922 € an.

Mit der Berufung der Zukunftskommission im Mai 2008 hat der Ministerpräsident eine breite, wissenschaftlich fundierte und öffentlich geführte Zukunftsdiskussion über Nordrhein-Westfalen initiiert.

Die Arbeit der Zukunftskommission war Ausgangspunkt für die Überlegungen zur Ausrichtung eines international ausgerichteten Kongresses, der, 2009 beginnend und danach jährlich stattfindend, die Lebensbedingungen künftiger Generationen im europäischen Maßstab in den Blick nehmen und diskutieren soll.

Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Schließlich hatten Sie, Herr Abgeordneter Kuschke, um eine spezifizierte Darstellung des erhöhten Finanzbedarfs für die Durchführung von Veranstaltungen der Landesvertretung in Brüssel gebeten.

Die Beantwortung dieser Frage würde ich gerne dem Leiter der Landesvertretung in Brüssel, Herrn Stein, überlassen.

Der Leiter der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union, Hans H. Stein, berichtet wie folgt:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben Sie für das Jahr 2010 um eine Erhöhung des Veranstaltungsetats der Landesvertretung bei der Europäischen Union gebeten, und zwar aus einem sehr erfreulichen Grund, denn der Wunsch nach Anhebung des bisherigen Ansatzes beruht auf Kostensteigerungen, die insbesondere mit der hohen Akzeptanz der neuen Landesvertretung als Veranstaltungsort, verbunden mit der einhergehenden Ausweitung des Veranstaltungsvolumens und der Frequentierung der Räumlichkeiten, dem Angebot an Kulturveranstaltungen, vor allem vor dem Hintergrund der Kulturhauptstadt „Essen für das Ruhrgebiet 2010“, und einer weit höheren Zahl an Teilnehmern an den Veranstaltungen.

Dazu eine Zahl: Zwischen 2006 und 2008 haben sich die eigenen und Drittveranstaltungen ohne Besuchergruppen und Besprechungen mehr als verdoppelt und hat sich die Zahl der Teilnehmer auf etwa 15.000 verdreifacht.

Es zeichnet sich ab, dass sich dieser Trend für das Jahr 2009 fortsetzen wird. Bis zum heutigen Stand sind in 2009 48 Besuchergruppen aus ganz Nordrhein-Westfalen mit 1.500 Personen, vor allem Schülern, zu uns gekommen, aber auch Besuchergruppen, organisiert durch die Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen, sowie Studentengruppen, Gruppen von nordrhein-westfälischen Europaabgeordneten und andere mehr.

Wir werten diese Entwicklung als sehr erfreulich, denn sie zeigt, dass Nordrhein-Westfalen am neuen Standort im Zentrum des Europaviertels gut positioniert ist und große Beachtung findet. Die Veranstaltungen zur Präsentation des Kulturlandes Nordrhein-Westfalen und zur Unterstützung der Europäischen Kulturhauptstadt haben in der Vergangenheit eine sehr große Resonanz gefunden. Diese positiven Auswirkungen auf das Image des Landes und seine politischen Einflussmöglichkeiten sind sehr hoch einzuschätzen.

Uns stellt in erster Linie das Kulturhauptstadtjahr und der Kabinettsbeschluss „Kulturveranstaltungen der Landesvertretung Brüssel in den Jahren 2007 bis 2010“ vor weitere Herausforderungen in 2010, damit wir für das Projekt der Europäischen Kulturhauptstadt deutlich und massiv werben können und zahlreiche internationale Besucher in das Ruhrgebiet locken. In den Vorjahren konnten wir das vorgesehene Veranstaltungsprogramm nicht in Gänze realisieren. Eine Umsetzung in 2010 scheint uns aber unabdingbar.

Die jährliche Programmplanung der Landesvertretung berücksichtigt darüber hinaus die in dem erwähnten Kabinettsbeschluss vorgesehenen Formate. Es geht uns in erster Linie darum, jungen Künstlerinnen und Künstlern eine Plattform zu geben. Darüber hinaus haben wir in diesem Jahr begonnen, übergreifende, in die Zukunft reichende Grundsatzthemen zu diskutieren wie beispielsweise die Auswirkungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf die Zusammenarbeit nicht nur in Deutschland, sondern auf die deutsche Positionierung in Brüssel.

Bei der jetzigen Auslastung sind wir darauf angewiesen, in erheblichem Umfang temporär Hilfskräfte zu beschäftigen und haben dafür einen Ansatz von 60.000 € veranschlagt, der im Wesentlichen anfällt für Serviceleistungen bei Bewirtung und Betreuung von Gästen, Herrichten der Veranstaltungsräume, Betreuung der Veranstaltungstechnik in Ergänzung und Vertretung für den vorhandenen Techniker sowie Unterstützung beim Einladungsmanagement.

Durch die Erhöhung des Titels sind wir sehr zuversichtlich, dass wir das Land Nordrhein-Westfalen auch im kommenden Jahr so zur Geltung bringen können, wie es einem Bundesland mit 18 Millionen Einwohnern gebührt.

Auf die Frage von **Lothar Hegemann (CDU)** nach möglicherweise einschlägigen Erfahrungen von Gästen oder Beschäftigten der Landesregierung angesichts von Pressemeldungen, fast jeder Europaabgeordnete wäre in Brüssel schon einmal Opfer eines Überfalls geworden, bestätigt der **Leiter der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union, Hans H. Stein**, eine deutliche Zu-

nahme der Kriminalität in Brüssel und berichtet von dem Fall der in der Nähe des Europäischen Parlaments am frühen Abend überfallenen und zusammengetretenen Abgeordneten Dr. Niebler. Ein Krankenwagen sei nach 40 Minuten eingetroffen, die Polizei nach 90 Minuten immer noch nicht erschienen. Fälle von Carjacking bei roter Ampel oder sogar im laufenden Verkehr häuften sich; die Täter zwängen die Fahrer mit vorgehaltener Pistole, ihre Autos zu verlassen.

Die belgischen Institutionen gäben sich in Gesprächen eher zurückhaltend und argumentierten, es mangle den Opfern wohl an Erfahrung mit dem Leben in Großstädten. Das Europäische Parlament selbst führe Verhandlungen, die Landesvertretung stehe in ständigem Dialog mit dem deutschen Botschafter und dem Ständigen Vertreter über diese Vorfälle. Die nordrhein-westfälische Landesvertretung übernehme inzwischen Taxikosten für Mitarbeiter, die spät abends dienstlich an Veranstaltungen teilnehmen müssten; Besuchergruppen erhielten einschlägige Hinweise.

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident

Die als Tischvorlage hereingereichte Auflistung zeigt nach Auffassung von **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** im **höheren Dienst** einen deutlichen **Zuwachs** von 25 Stellen im Vergleich zu 2005 und im Gegenzug einen **Abbau** in **niedrigeren Gehalts- und Besoldungsgruppen**, womit sich die Staatskanzlei gegenüber anderen Häusern sehr gut stehe. Sprich: Es gebe eine Vielzahl von Häuptlingen, die die Imagekampagnen, die Regierungsplanung und all die Dinge, die den Ministerpräsidenten in einem so schönen Licht erscheinen lassen sollten, vorbereiteten, aber dafür wenig Indianer zur Erledigung der übrigen Arbeit.

Anschließend bezieht sich die Abgeordnete auf Vorlage 14/2862 und die unter III.1 dokumentierte Entwicklung der Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Danach begründe die Staatskanzlei die vorgesehene Steigerung mit der für das nächste Jahr erwarteten **100%igen Stellenbesetzung**. - Dies mute etwas merkwürdig an, bringe es doch die bewusste Inkaufnahme einer nur teilweisen Stellenbesetzung in den letzten Jahren zum Ausdruck.

MDgt Annette Storsberg (StK) erklärt die Einsparungen vorwiegend im mittleren und einfachen Dienst mit der Ansiedlung der Regierungsneubildungsstellen in erster Linie im höheren Dienst und erinnert an die sehr dezidierte Stellungnahme von Staatssekretär Beneke im Hauptausschuss am 29. August 2008 zu dem Umstand, weshalb die Staatskanzlei es angesichts der inzwischen in allen Bereichen zu verzeichnenden Personalengpässe als angezeigt erachtet habe, im mittleren und einfachen Dienst zu sparen. Bei den diesbezüglichen Maßnahmen handle es sich aber nicht um ein Outsourcing von Personen, sondern von Aufgaben wie des Pforten- und Botendienstes: ein geeignetes Mittel vor dem Hintergrund der im Haushalt existierenden Zwänge.

Die relativ und ungewöhnlich niedrige Stellenbesetzungsquote zu einem bestimmten Stichtag begründet die Rednerin mit einer ganzen Reihe von Tatbeständen, die sie auf Wunsch gerne aufzählen könne. Dieser Fakt dürfe aber nicht zu einem für die

angesetzten Planstellen nicht mehr auskömmlichen Etat der Staatskanzlei führen, weshalb sich Staatskanzlei und Finanzminister auf eine Anhebung der Mittel in einem vernünftigen Maße darauf, wie eine Stellenbesetzung unter normalen Bedingungen erwartet werde, verständigt hätten.

Die zum damaligen Zeitpunkt unterproportionale Besetzung hänge zum einen mit der Notwendigkeit, im laufenden Jahr kw-Vermerke zu realisieren, zusammen, was es unmöglich mache, eine am Anfang des Jahres frei werdende Stelle nachzubetzen.

Zum anderen habe sie mit den sogenannten Peek-Pool-Stellen zu tun, die aufgrund mangelnder Meldungen der Ressorts zu diesem Zeitpunkt in einem größeren Umfang unbesetzt gewesen seien.

Ferner resultiere sie aus einer - im Haushalt auszuweisenden - ungewöhnlichen Anhäufung von Teilzeitbeschäftigung und von Altersteilzeitstellen.

Nicht zuletzt habe eine ganze Reihe von nur kurzen Beurlaubungen eine Neubesetzung der jeweiligen Stellen nicht erlaubt.

Markus Töns (SPD) greift auf die Vorlage 14/2862 und die Informationen zu der „Petersberger Convention“ - Titelgruppe 60, Tit. 541 60 - Fachkongresse und Symposien - mit in 2008 Kosten von 540.000 € zurück. Es interessiere ihn, ob die Veranstaltung im Jahre 2010 in einer ähnlichen finanziellen Größenordnung ablaufen werde und auf welchen Betrag sich die Kosten für die Campusveranstaltung in 2009 belaufen hätten bzw. in 2010 belaufen würden.

MDgt Annette Storsberg (StK) beziffert die Kosten nochmals auf 536.234 €, von denen allerdings rund 126.000 im Haushaltsjahr 2008 angefallen seien, im Haushaltsjahr 2009 knapp 410.000.

Inwieweit die Kollegen für die Planungen im nächsten Jahr über konkrete Zahlen verfügten, könne sie derzeit nicht sagen.

Die Auskünfte zu der Campusveranstaltung liefere sie nach.

Der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**, teilt mit, die am 26. und 27. Oktober auf dem Petersberg durchgeführte Konferenz zu dem Thema „Europäische Soziale Marktwirtschaft“ habe gleichzeitig den Abschluss des Frankreich-Nordrhein-Westfalen-Jahres 2008/2009 markiert. Der Verlauf und die Diskussion über die Veranstaltung ermutigten, Ähnliches im nächsten Jahr zu wiederholen. Das Format sei mit 40 bis 50 Personen, davon ungefähr die Hälfte Deutsche, die Hälfte Franzosen, aber auch Niederländer und Luxemburger sowie ein Italiener, darunter Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und Vertreter aus der Wirtschaft, bewusst klein gehalten. Und bewusst habe man sich für diese spannenden Diskussionen für eine sehr zurückgezogene Atmosphäre entschieden und damit sehr offene Äußerungen, etwa über die europäischen und internationalen Finanzmärkte und die Rolle Nordrhein-Westfalens, erzeugt.

Der Haushaltsansatz laute auf 80.000 €. Da noch nicht alle Rechnungen vorlägen, kenne er noch nicht die tatsächlichen Kosten, wolle diese Zahlen aber nachreichen.

Wolfram Kuschke (SPD) ist nicht nachvollziehbar, worin und wo sich die Aktivitäten der **Zukunftskommission**, bezogen auf Einnahmen und Ausgaben, dokumentierten.
- **MDgt Annette Storsberg (StK)** sagt eine Antwort zu.

Der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**, hebt hervor, selbstverständlich flössen die Erkenntnisse in die Arbeit der Ressorts ein. Die Landesregierung beschäftige sich von daher natürlich mit der Umsetzung der Ideen der Kommission. Ihre Tätigkeit lasse sich natürlich haushalterisch abbilden, weise aber durch das Weiterverfolgen der Vorschläge weit in das nächste Jahr hinein.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) unterstreicht, bekanntermaßen habe sich die Zukunftskommission zur Zukunft des Schulsystems nicht äußern dürfen.

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Als extrem hoch bezeichnet **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** den Ansatz für die **globalen Minderausgaben**. Wie extrem intransparent der Haushalt dadurch werde, zeige die Übersicht über die von der Erbringung dieser Minderausgabe in 2008 betroffen gewesenen Felder, ob es sich nun um die Fachkongresse, die Förderung des Ehrenamtes, die Pflege der Auslandsbeziehungen oder die Sachausgaben Landesbibliothek handle. Konsequenterweise sollte die Landesregierung dann besser Reduzierungen direkt ausweisen.

Wolfram Kuschke (SPD) sieht ebenfalls Probleme in Sachen globale Minderausgabe: Ihm erschließe sich nicht, wie die Staatskanzlei sie bei den sächlichen Ausgaben erwirtschaften wolle. Hier scheine sich eine Quadratur des Kreises anzubahnen.

Zweitens interessiere ihn, wann die Landesregierung angesichts des Koalitionsvertrages auf Bundesebene gedenke, eine Ergänzungsvorlage einzubringen, ansonsten es wahrscheinlich schon Anfang des nächsten Jahres einen Nachtragshaushalt geben müsste.

Diese Unwägbarkeiten bereiteten große Schwierigkeiten, den Entwurf zu beraten bzw. darüber abzustimmen.

Ilka von Boeselager (CDU) interpretiert die Ansätze als den extremen Wunsch, weitere Einsparungen vorzunehmen. Zum Schluss werde die Landesregierung die Vorgaben einhalten, wolle sich jetzt aber noch nicht auf Details festlegen.

Hinter dem seit vielen Jahren genutzten und sowohl von der Wissenschaft als auch von den Gerichten anerkannten Instrument der globalen Minderausgabe steht nach

den Worten von **RD Martin Dorn (StK)** der Gedanke, dass am Ende des Haushaltsjahres in der Haushaltsbewirtschaftung bei einem kameralen Haushalt immer ein gewisser Bodensatz von nicht verausgabten Mitteln übrig bleibe. Es diene dazu, die politische Gestaltungsfreiheit weitgehend zu erhalten, und räume den Ressorts die Chance ein, im Laufe des Haushaltsjahres durch einen begleitenden Prozess zu schauen, wo Ausgaben nicht in dem vorgesehenen Maße anfielen, was dann die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe genau dort ermögliche, um dafür andere Projekte und Programme so wie von den Mitteln her veranschlagt durchzuführen.

Absolut gesehen sei die globale Minderausgabe für 2010 nicht gering, doch liege sie mit 1,7 % am Gesamtvolumen des Einzelplanes 02 immer noch deutlich unter den in der letzten Legislaturperiode gewählten Prozentsätzen wie im Jahre 2002 von 3,1 % und 2003 von 7,7 %.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erkundigt sich nach den Folgen der globalen Minderausgabe für die betroffenen Themenfelder und den daraus von der Landesregierung gezogenen Schlussfolgerungen für die Regierungsplanung, das heiße, von welchen Vorhaben sie Abstand nehme.

Der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**, bezeichnet es gerade als das Wesen der globalen Minderausgabe, die angesprochenen Entscheidungen erst im Laufe des Haushaltsvollzugs zu treffen.

Nach Verabschiedung des Haushalts, also in dem Wissen um die überhaupt zur Verfügung stehenden Mittel, werde Anfang 2010 eine interne Klausurtagung stattfinden, um zu überlegen, wo und mit welchen Prioritäten die globale Minderausgabe umgesetzt werden solle. Allerdings gewährleiste eine globale Minderausgabe auch noch unterjährig ein relativ flexibles Arbeiten und Reagieren auf Prioritätenverschiebungen.

Wäre dies so richtig, könnte das Parlament seine Beratungen über politische Schwerpunktsetzung vonseiten der Regierung einstellen, so **Wolfram Kuschke (SPD)**.

Ilka von Boeselager (CDU) bezeichnet die Herangehensweise von Wolfram Kuschke, dem der Haushalt mit allen Titeln doch vorliege, als Kaffeesatzleserei. Und politische Schwerpunkte müssten nicht nur vom Parlament, sondern auch von der Regierung gesetzt werden. Das Parlament werde darüber auf jeden Fall informiert. Sie räte, abzuwarten, was im Laufe des Jahres alles passieren könne.

Carina Gödecke (SPD) erheitert es immer wieder, wie sie meint, das Parlamentsverständnis ihrer Kollegin kennenzulernen. Ihr, Gödecke, jedenfalls reiche es nicht, als Landesgesetzgeber nur informiert zu werden. Sie jedenfalls wolle nicht auf ihre verfassungsmäßigen Rechte als Haushaltsgesetzgeber, den Haushalt mitsamt der von der Landesregierung im Entwurf vorgenommenen Schwerpunktsetzungen zu beraten und unter Umständen auch zu verändern, verzichten.

Was globale Minderausgaben anbelange, so spreche niemand dagegen. Nur: Bei einerseits titelscharfen Einsparungen, andererseits in den „Haushaltsschubladen“, in denen sich ein Einsparen immer gut anbiete, sowie bei Ausbringung einer Minderausgabe von erheblicher Höhe bei den sächlichen Verwaltungsausgaben und dann noch - Kap. 02 020, Besondere Finanzierungsausgaben, Tit. 972 10 - der Formulierung „Globale Minderausgabe zum anteiligen Ausgleich des Haushaltsplans“, werde die sich dahinter verbergende Absicht deutlich, nämlich:

Das Scheitern der Landesregierung zu vertuschen, titelscharf entsprechende Kürzungen auszubringen, damit der Haushalt insgesamt unter einer bestimmten Netto-neuverschuldung bleibe.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) unterstreicht, in Rede stehe hier nicht ein bisschen „Spielgeld“, sondern eine Verdoppelung der globalen Minderausgabe von 1,8 auf 3,6 Millionen €, ausgebracht in Kap. 02 020 - Allgemeine Bewilligungen -, Tit. 972 10 - Globale Minderausgabe zum anteiligen Ausgleich des Haushaltsplans - in Höhe von rund 3,6 Millionen € plus 1,8 Millionen € in Kap. 02 020 - Allgemeine Bewilligungen -, Tit. 459 00 - Minderausgabe bei den sächlichen Verwaltungsausgaben -: eine extrem hohe Summe insgesamt.

Anhand der Auflistung auf S. 4 der Vorlage 14/2862 ließen sich dann die konkreten Einsparungen im Jahre 2008 im Rahmen der globalen Minderausgabe nachvollziehen. Zum Teil entsprächen die Einsparungen an diesen Stellen sogar von der Opposition mit Anträgen eingebrachten Forderungen.

Angesichts der aus der Vorlage ablesbaren Summen - Fachkongresse und Symposien: Ansatz 800.000 €, globale Minderausgabe 564.000 €; oder: sächliche Verwaltungsausgaben Landesbibliothek: Ansatz 251.100 €, globale Minderausgabe 200.000 € - muteten die Ausführungen des Ministers, vor einer Aufteilung der globalen Minderausgabe die Verabschiedung des Haushalts abwarten zu wollen, wie ein Auf-Zeit-Spielen an.

Der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**, betont, die globale Minderausgabe umfasse nur gut 1% des Gesamtbudgets. Dass dies die Erkennbarkeit der Schwerpunkte der Landesregierung verhindern würde, werte er als grobe Fehleinschätzung der Opposition. Er erkläre seine Bereitschaft, in 2010 wie auch schon 2009 unterjährig immer wieder über die Umsetzung der globalen Minderausgabe zu unterrichten.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) bezieht sich auf die Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans 02. Die sächlichen Verwaltungsausgaben betrügen danach rund 40,5 Millionen €. 5,4 Millionen bedeuteten von daher mehr als 1 %.

Carina Gödecke (SPD) vermisst schriftliche Erläuterungen zu den Kürzungen bei den **Titelgruppen 60 - Sportstiftung Nordrhein-Westfalen** - und **61 - Kunststiftung des Landes Nordrhein-Westfalen**.

Zu diesen Kürzungen verweist **MDgt Annette Storsberg (StK)** auf die Etatisierung der Glücksspielerlöse insgesamt im Einzelplan 20 und auf die im Jahre 2007 erfolgte Poolbildung, um für die einzelnen Destinatäre die Ertragsentwicklung aus den verschiedenen Glücksspielen auf eine breite Basis zu stellen und sie unabhängig von dem Erlös aus einem bestimmten Glücksspiel zu machen: eine, wie die Auswertungen der letzten beiden Jahre zeigten, erfolgreiche Maßnahme.

Nichtsdestotrotz habe man aufgrund des Staatsvertrages und anderer Rahmenbedingungen aber von einem allgemeinen Rückgang der Zahlen auszugehen.

Im Zusammenhang mit den zu erwartenden Einnahmerückgängen aus Glücksspiel habe die Landesregierung in Aussicht gestellt, sich über ein anderes Finanzierungssystem Gedanken zu machen, meint **Carina Gödecke (SPD)**. Wenn die Antwort heute nur die Schilderung der Sachlage beinhalte, entspreche das nicht den im Hauptausschuss herrschenden Vorstellungen. - Sie bitte, sich dieses Problems noch einmal im Detail anzunehmen; wenn nicht vor Abschluss der Haushaltsberatungen, dann aber auf jeden Fall in den letzten Monaten dieser Legislaturperiode, um dem Anspruch der Destinatäre gerecht zu werden, vor den Wahlen im Mai 2010 über ihre Zukunft Bescheid zu wissen.

Nach ihrer Kenntnis lägen die Zahlen aus 2009 noch nicht vor, so **MDgt Annette Storsberg (StK)**. Das Jahr 2008 stelle sich hinsichtlich der Erlöse als relativ gutes dar. Gemäß einem speziellen Mechanismus müssten in guten Jahren Rücklagen für andere Jahre gebildet werden, um ein gewisses Gleichmaß in den Einnahmen zu erzielen. Dass man aber das System insgesamt mit Blick auf die weitere Entwicklung betrachten müsse, sei selbstverständlich, betreffe aber nicht speziell den Einzelplan 02, sondern den Einzelplan 20.

Wolfram Kuschke (SPD) nimmt an, dass über die Entwicklung der Erlöse auch bereits für 2009 belastbare Zahlen vorlägen und dieses Ergebnis den Destinatären erhebliche Sorgen bereite. Zum Beispiel fordere der Präsident des Landessportbundes in einem Schreiben die Mitgliedsorganisationen auf, auf die im Landtag vertretenen Fraktionen zuzugehen, damit sie bei den Haushaltsberatungen dafür sorgten, dass das Befürchtete nicht eintrete.

Er bitte von daher um schriftliche Auskunft über die schon vorhandenen Zahlen und die Konsequenzen für die Verteilung. - **MDgt Annette Storsberg (StK)** sagt dies zu.

RD Martin Dorn (StK) teilt mit, in der **Titelgruppe 62 - Bündnis für Toleranz und Zivilcourage** - fänden sich Mittel für ein Projekt, welches auf dem am 16. August 2000 anlässlich eines Stadttor-Gesprächs ins Leben gerufenen und von allen Fraktionen begrüßten Bündnis basiere. Darüber hinaus existiere ein fraktionsübergreifender und am 17. Dezember 2007 beschlossener Antrag, in dem der Landtag Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zu zentralen und aktuellen Herausforderungen für den demokratischen Verfassungsstaat und die demokratische Zivilgesellschaft erkläre.

Im Bericht der Landesregierung zum Antrag des Landtags sei festgelegt, dass die Ressorts halbjährlich zu Gesprächen zusammenkämen, um sich wechselseitig über Maßnahmen zur Abwehr von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus und zur Bekämpfung des Extremismus zu informieren und ressortübergreifende Projekte abzustimmen.

Die Landesregierung gehe davon aus, dass man im Jahre 2010 den Betrag von 50.000 € für derartige Maßnahmen verwenden werde.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) macht auf einen Widerspruch aufmerksam: Während der Vortrag von Martin Dorn den Eindruck erwecke, als handelte es sich um Projektmittel, lese es sich im Haushalt eher so, als flössen die Gelder in die Geschäftsstelle. Zudem stehe unter „Ist 2008“ lediglich ein Strich. - Die Landesregierung sollte die Verwendung der Mittel und die Arbeitsweise der Geschäftsstelle darlegen, denn wenn auch das politische Anliegen ohne Zweifel auf interfraktionelle Unterstützung stoße, erschließe sich nicht der Umgang mit den 50.000 €.

RD Martin Dorn (StK) berichtet, für die Geschäftsstelle seien in 2008 keine direkten Ausgaben angefallen. Das heiße aber nicht, dass keine Tätigkeit vorläge. Seines Wissens sollten die veranschlagten 50.000 € dazu dienen, Projekte und Maßnahmen nicht zu fördern, aber durchzuführen.

Kapitel 02 100 - Vertretung des Landes beim Bund

Carina Gödecke (SPD) geht ein auf ein Marketingkonzept für Veranstaltungen in der Landesvertretung und die im vorigen Jahr vonseiten der Landesvertretung ausgesprochene Bitte, sich für Veranstaltungen dort einzusetzen, was der Landesvertretung Einnahmen brächte.

Der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**, bestätigt Fortschritte in dieser Richtung, die er gerne schriftlich nachzeichnen wolle. Nicht zuletzt hätten - natürlich gegen Kostenerstattung - die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene in der Vertretung stattgefunden. Er danke dem Team der Landesvertretung ausdrücklich für den Superjob vor und während dieser Verhandlungen: Die Mitarbeiterschaft sei ein guter Gastgeber gewesen, und das habe dem Land nicht geschadet.

Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Vorsitzender Werner Jostmeier lobt die Aktivitäten der Mannschaft der Landesvertretung, die nicht nur durch das Gebäude, sondern auch durch die neue Leitung und die Mitarbeiterschaft in Brüssel ihre Kreise ziehe. Dafür danke er herzlich.

Wolfram Kuschke (SPD) begrüßt die Entwicklung der Veranstaltungen.

Einzelplan 15 - (nur) Landeszentrale für politische Bildung

Vorlage 14/2853

Die **Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung, LMR Maria Springenberg-Eich**, berichtet wie folgt:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Kuschke, Sie hatten in der letzten Sitzung zwei Fragen gestellt. Zum einen wollten Sie Informationen zur Situation der Trägerlandschaft der politischen Bildung, zum anderen noch einmal Erläuterungen zur Erhöhung des Ansatzes Titel 534 10 in 2010 um 200.000 €.

Zur Situation der Trägerlandschaft in Nordrhein-Westfalen: Sie ist sehr gut aufgestellt, ist in der bundesrepublikanischen Landschaft etwas Besonderes und hat sich in den letzten Jahren modernisiert. Alle politischen Bildungseinrichtungen befinden sich im Zertifizierungsverfahren oder haben es schon geschafft, was nach dem Weiterbildungsgesetz angestrebt wurde und 2010 beendet sein muss.

Für die Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung stehen der Landeszentrale rund 4 Millionen € zur Verfügung. Im Jahr 2009 wurden 47 Einrichtungen gefördert. Das sind genau die Einrichtungen, die nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannt sind und zu mindestens 75 % politische Bildung durchführen. Wir fördern also die Spezialisten der politischen Bildung. Darüber hinaus gibt es natürlich viele, viele Veranstaltungen der Volkshochschulen und weiterer Einrichtungen. Die werden aber nicht von uns gefördert.

Inhaltliche Basis der Förderung bilden die eingeführten acht Kernfelder:

- lebendige Demokratie: Partizipation und Medienkompetenz
- demografischer Wandel: Modelle des zivilgesellschaftlichen Engagements
- schulisches Engagement: lebenslanges Lernen und Bildungsberatung
- Menschenrechte, politische Kultur, eingeschlossen Rechts- und Linksextremismus und Fundamentalismus, und Zeitgeschichte
- Zuwanderung und Integration
- internationale Politik und europäischer Einigungsprozess

- Globalisierung, Marktwirtschaft und Sozialpolitik
- Klimawandel: lokale und globale Handlungsperspektiven.

Sie sehen, wie bunt und breit die Landschaft in Nordrhein-Westfalen aufgestellt ist.

Mindestens 70 % der Veranstaltungen der politischen Bildung müssen in diesen Kernfeldern nachgewiesen werden. Nur dann ist es möglich, zu fördern.

Mit dem von der Landeszentrale auf der Grundlage der Kernfelder neu eingerichteten Berichtswesen können wir erstmals qualifizierte Aussagen zur Leistung der politischen Bildung machen. Daraus ergibt sich Folgendes:

Die im Jahr 2008 geförderten Einrichtungen der politischen Bildung, also die Spezialisten, haben rund 8.700 Veranstaltungen mit etwa 200.000 Teilnehmern durchgeführt. Knapp 50 % der Teilnehmer und Teilnehmerinnen besuchten Veranstaltungen zu den Kernfeldern „Soziale Marktwirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialsysteme“ und „Lebendige Demokratie: Partizipation, Rechtsextremismus, Linksextremismus und Fundamentalismus“.

Die Einrichtungen haben in einem starken Maße - das hat uns selbst überrascht, und darüber sind wir sehr froh - neue Teilnehmer und Teilnehmerinnen erreicht: 30 % waren zum ersten Mal in der politischen Bildung - ein sehr schöner Erfolg. Es ist also wirklich ein Modernisierungsprozess zu verzeichnen.

Die Einrichtungen erreichten - und das freut uns auch ganz besonders - in starkem Maße junge Menschen: 37 % der Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren unter 25 Jahre alt.

Zur zweiten Frage, der Erhöhung des Ansatzes, die uns sehr freut: Die zusätzlichen Mittel sollen für die Förderung von Projekten im Kontext der Demokratieforschung, Didaktik der politischen Bildung und der außerschulischen politischen Bildung genutzt werden. Angesichts des Umfangs und der Geschwindigkeit der technischen Entwicklung im Internet sind demokratietheoretische Folgenabschätzungen von besonderer Dringlichkeit. Wir halten Expertisen zu technischen Möglichkeiten des Netzes, die Kommunikation und damit auch die demokratische Gesellschaft sowie den öffentlichen Raum verändern, für dringend geboten.

Darüber hinaus wollen wir mit Blick auf die sinkende Wahlbeteiligung, die sich gerade bei der Kommunalwahl noch einmal gezeigt hat - in manchen Stadtteilen in Ballungsräumen gehen die Menschen nur noch zu 30 % zur Wahl -, den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und politischer Partizipation auf der einen und spezifischen Lebenslagen auf der anderen Seite untersuchen lassen und Expertisen für Lösungsmöglichkeiten gemeinsam mit den Experten finden.

Wir wollen die Expertisen weiterreichen und mit den 47 Partnern diskutieren.

Weitere Themen für die Forschung wären:

- Entwicklung von Curricula zu dem Thema „Demokratiekompetenz“. Da leistet sich die politische Meinung oft sehr exotische Diskussionen. Wir wollen Beiträge dazu liefern - die Landeszentrale ist in den letzten Jahren gerade auf diesem Feld angetreten -, Demokratiekompetenz zum Thema zu machen, das heißt,

menschen- und grundrechtebezogene politische Bildung und damit immer auch Werteerziehung zu fördern.

- Expertisen zu zeithistorischen Fragen würden wir gerne noch einmal haben, und zwar zu dem Thema „Das kurze 20. Jahrhundert“, also betreffend die Jahre 1914 bis 1989, sprich: Diktaturvergleiche, Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen, genozide Systemvergleiche im Kalten Krieg.

Wolfram Kuschke (SPD) regt an, Vertreter aus dem Bereich der politischen Weiterbildung einzuladen, um mit diesen, die sehr nah an den Teilnehmern und Teilnehmerinnen seien, und der Landeszentrale über Schwerpunkte und Erfahrungen sowie die Anforderungen an die Politik ins Gespräch zu kommen.

Ihn interessiere heute noch die Finanzierung über die Bundeszentrale für politische Bildung für das kommende Jahr.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) spricht der Leiterin der Landeszentrale ein großes Kompliment für die geleistete Arbeit aus. Sie, Löhrmann, empfehle allen Besucherinnen und Besuchern aus den Schulen und dem schulischen Umfeld, auch die Landeszentrale aufzusuchen, der es gelinge, sehr jugendgerecht für die Themenspektren zu sensibilisieren.

Von daher erkundigt sich die Rednerin nach der prozentualen Entwicklung der Besucherzahlen.

Die **Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung, LMR Maria Springenberg-Eich**, teilt mit, die Förderung durch die Bundeszentrale habe in der letzten Zeit zu erheblichen Steuerforderungen geführt. Da es sich um unechte Zuschüsse handle, würden die einzelnen Träger jetzt mit Steuerforderungen belastet. Man berate darüber mit der Bundeszentrale.

Obschon man von einer kurzfristigen Änderung der Förderbedingungen ausgehe, bleibe es bei den aufgelaufenen Forderungen.

Die Förderung nach dem Weiterbildungsgesetz und die Förderung mit Mitteln der Landeszentrale hingegen zögen keine Steuerforderungen nach sich.

Angaben zu den Besucherzahlen reiche sie nach.

Weiteres Verfahren

Vorsitzender Werner Jostmeier bittet darum, dem Ausschusssekretariat die Änderungsanträge bis zum Nachmittag des 10. November zukommen zu lassen. Wenn sie keine Sondervermerke trügen, würden sie sofort den anderen Fraktionen zu deren Information zugeleitet.

Wolfram Kuschke MdL
Sprecher für den Arbeitskreis
Hauptausschuss

SPD-Fraktion NRW



SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen • 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 25 85 • Telefax: 0211 - 884 31 94
E-mail: wolfram.kuschke@landtag.nrw.de
Internet: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses

Düsseldorf, 09. September 2008

Werner Jostmeier MdL

Die

Nachfragen zum Einzelplan 02

Sehr geehrter Herr Jostmeier,

Fraktion

im Namen meiner Fraktion möchte ich Ihnen im Nachgang nochmals unsere gesammelten Nachfragen zum Einzelplan 02 im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Haushaltsentwurf 2009 mit der Bitte der Weiterleitung an die Staatskanzlei zukommen lassen.

Auf diesem Weg wird das von uns gewünschte Verfahren einer schriftlichen Beantwortung im Vorfeld der kommenden Ausschussberatung sicherlich erleichtert und der Vorgang beschleunigt.

Aus unserer Sicht haben sich auf der Sitzung folgende Fragen ergeben:

I. Sachhaushalt

Kapitel 02 010 und 02 020 - Ministerpräsident und allgemeine Bewilligungen

- Wie gestalten sich die Ausgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und wissenschaftlicher Beratung [Hinweis: Titel 531 10, 531 20, 531 30, 541 10, 541 20, 541 30 (alle S.22); sowie die Titelgruppe 60 (S.24)]?

Was ist 2009 konkret an Veranstaltungen und Publikationen geplant und welchem Zweck dienen sie? Welche Planungen bestehen schon für 2010?

Welche Preise und Auszeichnungen werden aus dem Einzelplan 02 finanziert? Wie stellt sich die Entwicklung seit 2005 dar und welche Planungen bestehen für 2009 und 2010?

Kapitel 02 030 - Europa und Internationale Angelegenheiten

- Welche Länder werden konkret mit welchen Mitteln berücksichtigt?
- Wie wird das internationale Leitbild konkret umgesetzt?

Wie entwickeln sich im afrikanischen Raum die geplante Kooperation mit Ghana und die bestehende Kooperation mit Mpumalanga? Wie viele Mittel sollen hier eingesetzt werden?

- Wie gestaltet sich die weitere Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck? Wie viele Mittel sollen hier eingesetzt werden?
- Welche Verpflichtungen ist die Landesregierung in Bezug auf das Amerikahaus in Köln bereits eingegangen?

Kapitel 02 100 und 02 110 - Landesvertretungen

- Wie stellen sich abschließend die Kosten für den Umzug der Landesvertretung Brüssel und der damit verbundenen Baumaßnahmen dar?
- Wie entwickeln sich die Mietkosten der Landesvertretung Berlin nach Übertragung der Immobilie an den BLB?

- Wie entwickeln sich die Bewirtschaftungskosten der Landesvertretung Berlin in Hinblick auf die zu erwartenden Nebenkostensteigerungen?

Welche inhaltlichen Schwerpunkte sollen mit der geplanten neuen Website der Landesvertretung Berlin gesetzt werden? Wie stellen sich die Kosten dar?

- Welche Veranstaltungen sind in den Landesvertretungen in Berlin und Brüssel 2008 bis 2010 geplant? Wer sponsert diese Veranstaltungen?
- Welche Erfahrung wurden bisher mit der Akquise von Veranstaltungen in den Landesvertretungen in Berlin und Brüssel gewonnen?

Kapitel 02 200 - Medien

- Wie ist das Wettbewerbsverfahren bei den beiden Förderwettbewerben im Bereich Medienwirtschaft verlaufen? Wer saß jeweils in der Jury der Wettbewerbe?
- Wer war Antragsteller und welche Anträge wurden bewilligt (mit Nennung der Antragstitel)?

II. Personalhaushalt

- Welche Aufgaben sind seit 2005 in der Staatskanzlei hinzugekommen und welche sind weggefallen und wie stellt sich die Planung in Hinblick auf 2009 und 2010 dar? Wenn Stellen weggefallen sind oder wegfallen sollen, vom wem wird oder soll die Aufgabe dann wahrgenommen werden?
- Wie hat sich der Stellenplan seit 2005 in Bezug auf die Wertigkeit der Stellen entwickelt?
- Welche Stellen sind in der Staatskanzlei nach Planung 2009 und 2010 von Outsourcing betroffen?

Wie haben sich die kw-Vermerke seit 2005 entwickelt und wie stellt sich die Planung in Hinblick auf 2009 und 2010 dar?

- Wie hat sich PEM auf den Stellenhaushalt seit dessen Einführung ausgewirkt und wie stellt sich die Planung in Hinblick auf 2009 und 2010 dar?

In diesem Zusammenhang möchte ich mich vorab im Namen meiner Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei im Namen meiner Fraktion für die Beantwortung der ersten Fragen bedanken.

Mit freundlichen Grüßen,



Wolfram Kuschke

Tableau für die Sitzung des Hauptausschusses am 29.10.2009

TISCHVORLAGE

Entwicklung des Stellenplans der Staatskanzlei

<i>Laufbahngruppe</i>	<i>Zahl der Plan-/ Stellen in der Staatskanzlei</i> Kap. 02 010 Haushalt 2005 1. Nachtrag (vor LT-Wahl)	<i>Zugang</i> (durch Umressortierung Bereich Kultur)	<i>Zugang</i> (durch Stellen für Regierungsneu- und politische Schwerpunkt- bildung (2005 und 2008)	<i>Zwischensumme</i>	<i>Haus- haltsplan 2009</i>	<i>Haushaltsentw urf 2010</i>
<i>h.D.</i>	94	17	25	136	132	133
<i>g. D.</i>	69	13	5	87	87	87
<i>m.D.</i>	162	7	2	171	150	148
<i>e.D.</i>	16	-	-	16	9	8
<i>Gesamt</i>	341	37	32	410	378	376 *)

*) davon 3 Planstellen als
befristete Umsetzungen (2 aus
EPl. 03 – IM; 1 aus Kap. 02 060 –
Landesarchiv NRW)

Tableau für die Sitzung des Hauptausschusses am 29.10.2009

TISCHVORLAGE

Entwicklung der Veranstaltungszahlen in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union in den Jahren 2006 bis 2009:

Jahr	Besprechungen		Besuchergruppen		Reguläre Veranstaltungen	
	Anzahl	Besucher	Anzahl	Besucher	Anzahl	Besucher
2006	120	493	47	1.314	128	4.555
2007	147	643	55	1.593	164	7.064
2008	164	670	58	1.762	286	14.812
2009	145	716	48	1.459	216	11.550